

Jugendsozialarbeit

→ aktuell

Nummer 248
Oktober 2026

Sehr geehrte Leser*innen,

„die Wohnkrise ist da“, stellen vor wenigen Wochen Heinze/ Kurtenbach in ihrem gleichnamigen Buch „Die Wohnkrise“ fest. Diese Krise ist mehr als ein Mangel an Wohnraum; sie bedroht die Demokratie und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Wohnen ist ein Grundrecht, bedeutet Sicherheit und ist die Basis für die eigene Lebensplanung. Gleichzeitig fehlt es an bezahlbarem Wohnraum. Junge Menschen mit geringem Einkommen, Ausbildungsvergütung oder Transferleistungen haben auf dem freien Markt kaum eine Chance. Ein fremd klingender Name, ein unsicherer Aufenthaltsstatus oder fehlende Bonitätsnachweise reichen oft, um aussortiert zu werden. Wer kein Zuhause hat, kann sich kaum auf Schule, Ausbildung oder Beruf konzentrieren und schon gar nicht ein eigenständiges Leben aufbauen. Heinze/ Kurtenbach zeigen aber auch Auswege aus der Wohnkrise auf: Es braucht das Zusammenwirken unterschiedlicher Partner, positive Szenarien, Fehlertoleranz und Offenheit. Dabei dürfen wir uns nicht von der Komplexität der Herausforderungen beeinflussen lassen. Und es braucht langfristiges Denken und Handeln, dass weit über Legislaturperioden hinausgeht.

Deshalb appelliere ich an die Landesregierung: Stärken Sie den sozialen Wohnungsbau in NRW, fördern Sie Bau und Bindung, beziehen Sie gesellschaftliche Gruppen ein und berücksichtigen Sie besonders die Bedarfe junger Menschen.

Mit welchen konkreten Themen der Wohnkrise die Berater*innen der Jugendmigrationsdienste (JMD) in ihrer täglichen Praxis konfrontiert sind, erfahren sie in dieser Ausgabe.



Stefan Ewers
Geschäftsführer

Wohnen als Voraussetzung sozialer Teilhabe: Zur Wohnsituation junger zugewanderter Menschen in Nordrhein-Westfalen

Ergebnisse eines Monitorings der Jugendmigrationsdienste

Christine Müller

Eine eigene Wohnung ist mehr als ein physischer Ort zum Wohnen. Sie bietet Sicherheit, Privatheit und einen Lebensmittelpunkt und schafft damit grundlegende Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe. Für junge Menschen besitzt diese Dimension eine besondere Bedeutung: Der Übergang in ein selbstständiges Erwachsenenleben ist regelmäßig mit der schrittweisen Verselbstständigung von der Herkunftsfamilie, dem Eintritt in Ausbildung oder Studium, dem Übergang in Erwerbsarbeit und der Entwicklung eigenständiger sozialer Netzwerke verbunden. Für (junge) zugewanderte Menschen können diese Übergänge mit zusätzlichen Herausforderungen verbunden sein. Neben den allgemeinen Bedingungen des Wohnungsmarktes können Sprachbarrieren, begrenzte finanzielle Ressourcen, unsichere aufenthaltsrechtliche Situationen, fehlende familiäre Netzwerke oder Diskriminierung den Zugang zu Wohnraum erschweren.¹ Die Wohnsituation steht dabei nicht isoliert neben anderen Integrationsprozessen, sondern ist mit diesen eng verbunden und stellt damit auch eine zunehmend relevante Herausforderung für die Soziale Arbeit und insbesondere für die Jugendmigrationsdienste (JMD)² dar. Die JMD begleiten bundesweit junge Menschen mit Migrationsgeschichte im Alter von 12 bis 27 Jahren durch Beratung und Case Management, insbesondere an den Übergängen von Schule, Ausbildung und Beruf. Ein aktuell durchgeführtes Monitoring untersucht aus Sicht der JMD-Fachkräfte die Wohnsituation junger Zugewanderter zwischen 18 und 27 Jahren in Nordrhein-Westfalen sowie zentrale Problemlagen, Ursachen und Handlungsbedarfe.

Eine eigene Wohnung ermöglicht Privatheit, Stabilität und Selbstständigkeit. Sie erleichtert den Aufbau sozialer Beziehungen und schafft Voraussetzungen für Ausbildung und Erwerbsarbeit. Die Wohnsituation ist deshalb nicht nur Ergebnis sozialer Integration. Sie ist zugleich eine ihrer materiellen Voraussetzungen.

Grundlage des Monitorings³

Grundlage des Monitorings sind 65 Rückmeldungen aus 72 JMD-Beratungsstellen in Nordrhein-Westfalen. Die Online-Befragung fand von Ende März bis Mitte Mai 2026 statt. Die Rückmeldungen stammen aus dem Rheinland (21), dem Ruhrgebiet (13), Ostwestfalen-Lippe (11), Südwestfalen (7), dem Bergischen Land (6), dem Niederrhein (4) und weiteren Regionen (3). Die Beratungsstellen verteilen sich auf Großstädte über 100.000 Einwohner*innen (31), Großstädte über 500.000 Einwohner*innen (11), Mittelstädte (15), ländliche Räume (6) und Kleinstädte (2). Sie beraten jährlich zwischen 50 und 200 junge Menschen. In 51 der 65 Stellen machen 18- bis 27-Jährige mehr als 75 % der Beratenen aus.

Ergebnisse

Wohnen ist ein Kernthema der JMD-Beratung

Wohnen ist für 60 von 65 Beratungsstellen (92 %) ein häufiges oder sehr häufiges Beratungsthema. Damit ist die Wohnsituation kein Randthema, sondern eng mit zentralen Beratungsfeldern der JMD verknüpft. Besonders relevant ist sie in den Übergängen von Schule, Ausbildung und Beruf sowie in ein selbstständiges Erwachsenenleben.

Eine insgesamt sehr schwierige und sich verschärfende Wohnsituation

Die Wohnsituation junger Zugewanderter wird von 62 der 65 Beratungsstellen (95 %) als schwierig oder sehr schwierig bewertet. Zugleich berichten 51 Stellen (78 %) von einer Verschlechterung in den vergangenen zwei Jahren; keine nimmt eine generelle Verbesserung wahr. Der Befund zeigt sich über unterschiedliche Sozialräume hinweg – von Groß- und Mittelstädten bis zu ländlichen Regionen.

Zwischen eigener Wohnung, Unterbringung, verdeckter Wohnungslosigkeit⁴ und Obdachlosigkeit⁵

Die Wohnsituationen der beratenen jungen Menschen sind vielfältig. Besonders häufig nennen die Beratungsstellen kommunale Gemeinschaftsunterkünfte (54), das Wohnen bei der Herkunftsfamilie (45), eigene Wohnungen (34) und Jugendhilfeeinrichtungen (33). Zugleich berichten 13 Beratungsstellen von jungen Menschen ohne feste Unterkunft. Drohende Wohnungslosigkeit begegnet 62 von 65 Beratungsstellen mindestens gelegentlich. Klassische Obdachlosigkeit wird dagegen deutlich seltener beobachtet. Die geringe Häufigkeit sichtbarer Obdachlosigkeit bedeutet jedoch nicht, dass Wohnungsnot für junge Zugewanderte eine

geringe Rolle spielt, sondern dass sie sich weniger sichtbaren, vorgelagerten oder verdeckten Formen zeigt: 53 Beratungsstellen beobachten längere Aufenthalte in Gemeinschaftsunterkünften, 34 Couchsurfing bei Freund*innen oder Bekannten, 26 überbelegte Wohnungen und 17 häufig wechselnde Unterkünfte. Damit wird die Wohnungsfrage auch zu einer Frage der sozialen Teilhabe.⁶ Eine eigene Wohnung ermöglicht Privatheit, Stabilität und Selbstständigkeit. Sie erleichtert den Aufbau sozialer Beziehungen und schafft Voraussetzungen für Ausbildung und Erwerbsarbeit. Die Wohnsituation ist deshalb nicht nur Ergebnis sozialer Integration. Sie ist zugleich eine ihrer materiellen Voraussetzungen.⁷

Der selektive Wohnungsmarkt

Ein zentraler Befund des Monitorings ist die hohe Bedeutung von Diskriminierung bei der Wohnungssuche. 50 von 65 Beratungsstellen (77 %) berichten, dass junge Zugewanderte häufig oder sehr häufig Benachteiligungen auf dem Wohnungsmarkt erleben. Besonders häufig werden Absagen gegenüber Leistungsbeziehenden (52), Benachteiligungen aufgrund eines „ausländisch klingenden“ Namens oder des Aufenthaltsstatus (je 36) sowie aufgrund der Herkunft oder Staatsangehörigkeit (34) genannt. Hinzu kommen Benachteiligungen bei Wohnungsbesichtigungen (29) und fehlende Bürgerschaften (15). Die Ergebnisse decken sich mit Befunden der Antidiskriminierungsstelle des Bundes⁸, wonach rassistische Diskriminierung im Bereich Wohnen zu den häufigsten Beschwerdegründen zählt. Besonders problematisch ist dabei das Zusammenwirken verschiedener Benachteiligungen: Junge Zugewanderte verfügen häufig über ein geringeres Einkommen, befinden sich in unsicheren aufenthaltsrechtlichen oder beruflichen Situationen und verfügen zugleich über weniger etablierte soziale Netzwerke. Treffen diese Faktoren auf Diskriminierung bei der Wohnungsvergabe, kann sich der Zugang zum regulären Wohnungsmarkt erheblich verschärfen.⁹ Wohnungsnot ist damit nicht allein Ausdruck eines angespannten Wohnungsmarktes, sondern auch sozialer Selektionsmechanismen.

Wohnungsnot wirkt sich auf Bildung, Arbeit und (psychische) Gesundheit aus

Nach Einschätzung der Fachkräfte hat Wohnungsnot erhebliche Folgen für Bildungs- und Erwerbsbiografien und reicht darüber hinaus weit in die persönliche Lebenssituation der jungen Menschen hinein. Ein besonders relevanter Befund betrifft die Auswirkungen auf Ausbildung, Arbeit und Studium. Insgesamt sehen 77 % der JMD häufige oder

sehr häufige Gefährdungen von Bildungs- und Erwerbsverläufen. Als konkrete Folgen werden besonders häufig psychische Belastungen (56), Fehlzeiten (42), Verzögerungen beim Ausbildungsbeginn (36), Ausbildungsabbrüche (28) und der Verlust von Arbeitsstellen (25) genannt. Weitere Folgen sind finanzielle Probleme (52), Probleme bei Behördenkontakten (40), gesundheitliche Belastungen (29) und soziale Isolation (25). Die Ergebnisse zeigen somit eine typische Kumulation von Problemlagen. Wohnungsnot steht nicht isoliert, sondern kann andere soziale Probleme verstärken.¹⁰ Gerade für junge Zugewanderte kann dies herausfordernd sein, weil sich viele gleichzeitig in Übergängen befinden: vom Bildungssystem in Ausbildung, von Ausbildung in Beschäftigung, von Jugendhilfe in ein selbstständiges Leben oder von einer Unterbringung in eine eigene Wohnung. Unsichere Wohnverhältnisse können diese Übergänge destabilisieren und sich so auf weitere Lebensbereiche auswirken.

Fehlender bezahlbarer Wohnraum als Kernursache

Als wichtigste Ursache nennen die Fachkräfte fehlenden bezahlbaren Wohnraum (58). Ebenfalls häufig genannt werden geringes Einkommen (55), Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt (49), Sprachbarrieren (43), ein unsicherer Aufenthaltsstatus (39) und fehlende soziale Netzwerke (36). Wohnungsnot entsteht damit aus dem Zusammenspiel struktureller und individueller Faktoren. Eine Reduzierung des Problems auf mangelnde individuelle Kompetenzen bei der Wohnungssuche wird dieser Mehrdimensionalität nicht gerecht.

Beratung kann strukturellen Wohnungsmangel nicht kompensieren

Die Fachkräfte können bei der Wohnungssuche unterstützen, Leistungsansprüche klären, Kontakte vermitteln und durch komplexe Verfahren begleiten. Bei der Wohnraumversorgung stößt diese Unterstützung an Grenzen: Fehlender bezahlbarer Wohnraum, Zugangsbarrieren und fragmentierte Zuständigkeiten lassen sich im Einzelfall nicht überwinden.¹¹ Zugleich macht die Beratung wiederkehrende strukturelle Probleme sichtbar und schafft Ansatzpunkte für Netzwerkarbeit und politische Interessenvertretung. Das Monitoring verweist damit auf die Notwendigkeit, Case Management mit Netzwerkarbeit, Strukturentwicklung und Policy Practice zu verbinden.

Wohnraumberatung ist Netzwerkarbeit

Wohnungsfragen werden bereits heute in

enger Zusammenarbeit mit anderen Institutionen bearbeitet. Besonders häufig kooperieren die JMD mit der Wohnungslosenhilfe (53 Beratungsstellen), Jobcentern (45), Wohnungsämtern (28), Wohnungsunternehmen (27), Jugendämtern (17) und dem Kommunalen Integrationsmanagement (16).

Die Ergebnisse unterstreichen, dass Wohnraumberatung rechtskreisübergreifende Kooperationen erfordert. Diese sind allerdings regional unterschiedlich ausgeprägt und teilweise ausbaufähig.

Was aus Sicht der Fachkräfte jetzt notwendig ist

Die zentrale Forderung der befragten JMD ist mehr bezahlbarer Wohnraum (60 von 65 Beratungsstellen), insbesondere für junge Menschen. 45 Stellen fordern zudem bessere Übergänge aus der Jugendhilfe in selbstständiges Wohnen. Als geeignete Ansätze werden unter anderem Jugend- und Azubiwohnen genannt, die Wohnraum mit sozialpädagogischer Begleitung verbinden. Weitere Handlungsbedarfe betreffen eine bessere Kooperation zwischen JMD, KIM und Kommunen (20) sowie eine intensivere Beratung und Begleitung (18). In den offenen Antworten werden zudem mehr öffentlich geförderter Wohnraum, kleinere Wohnungen und Wohnraum für größere Familien, Jugend- und Azubiwohnheime, die Förderung von Wohngemeinschaften sowie schnellere Verfahren bei Wohnberechtigungsscheinen und Wohngeld genannt. Für ländliche Räume wird außerdem eine bessere ÖPNV-Anbindung gefordert.

Fazit

Das Monitoring zeigt: Wohnungsnot ist für die JMD kein Randthema, sondern eng mit sozialer Teilhabe sowie Bildungs- und Erwerbschancen junger Zugewanderter verbunden. Fehlender bezahlbarer Wohnraum trifft auf geringe Einkommen, Diskriminierung und weitere Zugangshürden. Besondere Bedeutung kommt dabei den Übergängen zu: vom Jugendhilfesystem in selbstständiges Wohnen, aus kommunalen Unterkünften in regulären Wohnraum sowie von Schule und Ausbildung in ein eigenständiges Erwachsenenleben. Gerade an diesen Übergängen können strukturelle Lücken dazu führen, dass junge Menschen aus bestehenden Unterstützungssystemen herausfallen. Die Ergebnisse des Monitorings bestätigen einen konkreten Bedarf an Wohnformen, die zwischen institutioneller Unterbringung und vollständig selbstständigem Wohnen vermitteln. Sie legen deshalb nahe, Wohnraumversorgung stärker als Bestandteil einer ganzheitlichen Integrations-, Jugend- und Sozialpolitik zu verstehen. Eine erfolgreiche Ausbildungs-

Fehlender bezahlbarer Wohnraum trifft auf geringe Einkommen, Diskriminierung und weitere Zugangshürden. Besondere Bedeutung kommt dabei den Übergängen zu. Gerade dort können strukturelle Lücken dazu führen, dass junge Menschen aus bestehenden Unterstützungssystemen herausfallen.

oder Arbeitsmarktintegration kann nicht unabhängig von der sozialen Infrastruktur betrachtet werden, in der junge Menschen leben. Kommunen, Land und Bund sind dementsprechend gefordert, bezahlbaren Wohnraum und geeignete Übergangsangebote auszubauen und als Bestandteil einer nachhaltigen Teilhabeinfrastruktur zu betrachten. Wohnraum für junge Zugewanderte ist nicht lediglich eine Frage individueller Unterstützung, sondern eine zentrale infrastrukturelle Voraussetzung für soziale Integration, Bildungs- und Arbeitsmarktteilhabe sowie ein selbstbestimmtes Leben.

Quellennachweis:

¹ Vgl. Sachverständigenrat für Integration und Zuwanderung (2026): Raum für Entwicklung: Wohnen und Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft. Jahresgutachten 2026. Online unter: https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2026/06/SVR-Jahresgutachten-2026_barrierefrei.pdf.

² Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2022): Grundsätze zur bundesweiten Förderung der individuellen Begleitung junger zugewanderter Menschen im Kinder- und Jugendplan des Bundes (III. 4 des KJP in der Fassung vom 29.09.2016). online unter: https://www.jugendmigrationsdienste.de/fileadmin/media/ueberJMD/JMD_Grundsaeetze_01_04_22.pdf.

³ Die Ergebnisse sind als fachpraxisbezogenes Monitoring und nicht als repräsentative Bevölkerungsbefragung zu verstehen. Befragt wurden Fachkräfte und nicht die jungen Menschen selbst. Die Ergebnisse geben daher insbesondere Auskunft darüber, welche Problemlagen in der JMD-Beratung sichtbar werden. Zudem handelt es sich um eine freiwillige Rückmeldung der Beratungsstellen. Eine statistische Repräsentativität für alle jungen Zugewanderten in NRW kann daraus nicht abgeleitet werden. Gerade für die Fachpraxis besitzt die Untersuchung dennoch einen hohen Aussagewert: Die JMD stehen in einem kontinuierlichen Kontakt mit jungen Zugewanderten und beobachten Entwicklungen, die in allgemeinen Wohnungs- oder Wohnungslosenstatistiken nur teilweise sichtbar werden.

⁴ Wohnungslos ist jemand, der kein verlässliches Mietverhältnis hat. 2025 waren in Deutschland nach offiziellen Angaben ca. 475.000 Menschen wohnungslos. Vgl. Heinze, Rolf G.; Kurtenbach, Sebastian (2026): Die Wohnkrise. Wie sie Demokratie und Zusammenhalt bedroht. Köln:85.

⁵ Von Obdachlosigkeit wird gesprochen, wenn Menschen nicht über einen geschützten Schlafplatz verfügen und praktisch auf der Straße leben. Offiziell wird geschätzt, dass davon rund 47.000 Menschen betroffen sind, die Dunkelziffer liegt aber wahrscheinlich höher. Vgl. Heinze; Kurtenbach ebd..

⁶ Vgl. Sachverständigenrat für Zuwanderung 2026:105f.

⁷ Vgl. Heinze; Kurtenbach 2026:41.

⁸ Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes bezeichnet den Wohnungsmarkt als einen Bereich mit besonders hoher Bedeutung rassistischer Diskriminierung. In ihrem jüngsten Bericht wird darauf hingewiesen, dass rassistische Diskriminierung den häufigsten Beschwerdegrund im Bereich Wohnen und Mieten darstellt. Die Wohnungsfrage lässt sich deshalb nicht auf das Verhältnis von Angebot und Nachfrage reduzieren.

Vgl. Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2024): Diskriminierung in Deutschland – Fünfter Gemeinsamer Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und der Bundesregierung. Berlin. https://www.antidiskriminierungsstelle.gov.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/BT_Bericht/gemeinsamer_bericht_fuenfter_lang_2024.html?nn=496990 und

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2022): Was tun gegen Diskriminierung bei Vergabe, Vermietung und Verwaltung von Wohnraum? Beispiele Guter Praxis. Online unter: https://www.antidiskriminierungsstelle.gov.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Expertisen/beispiele_guter_praxis_wohnungsmarkt.pdf?__blob=publicationFile&v=5.

⁹ Vgl. Sachverständigenrat für Zuwanderung 2026:62f.

¹⁰ Das Monitoring kann Zusammenhänge sichtbar machen, aber keine Kausalität nachweisen. Es lässt sich aus den Antworten beispielsweise nicht ableiten, dass Wohnungsnot allein die Ursache psychischer Belastungen oder Ausbildungsabbrüche ist.

¹¹ Zum 31. Januar 2026 weist die amtliche Statistik bundesweit 452.910 untergebrachte wohnungslose Personen aus; 41 % waren jünger als 25 Jahre und 85 % hatten keine deutsche Staatsangehörigkeit. Die Daten sind aufgrund unterschiedlicher Zielgruppen und Erfassungsweisen nicht unmittelbar mit dem JMD-Monitoring vergleichbar, verdeutlichen jedoch die besondere Betroffenheit junger und zugewanderter Menschen. Vgl. Statistisches Bundesamt (2026): 452 900 untergebrachte wohnungslose Personen Ende Januar 2026 in Deutschland. Online unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/06/PD26_222_229.html.

IMPRESSUM

jugendsozialarbeit aktuell
c/o LAG KJS NRW
Kleine Spitzengasse 2 - 4
50676 Köln
E-MAIL: aktuell@jugendsozialarbeit.info
WEB: www.jugendsozialarbeit.info

jugendsozialarbeit aktuell (Print)
ISSN 1864-1911
jugendsozialarbeit aktuell (Internet)
ISSN 1864-192X

VERANTWORTLICH: Stefan Ewers
REDAKTION: Franziska Schulz
DRUCK/VERSAND: SDK Systemdruck Köln



Christine Müller (Dipl. Sozialpädagogin) ist Referentin bei der LAG KJS NRW und zuständig für die Koordination der Jugendmigrationsdienste in katholischer Trägerschaft in NRW.